

Abwasserreglement

vom ...

Der Grosse Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 14 Vollzugsgesetz zur eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung vom 11. April 1996, als Reglement:

| I. Allgemeine Bestimmungen | |
|--|--|
| Gegenstand | Art. 1 Dieses Reglement regelt a) den Bau und Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen, b) das Verfahren betreffend die Kanalisationsanschlusspflicht, c) die Finanzierung der Abwasserbeseitigung. |
| Geltungsbereich | Art. 2 Der Geltungsbereich dieses Reglements erstreckt sich auf Abwasser, das auf städtischem Gebiet anfällt, sowie auf alle für die Sammlung, Ableitung und Behandlung notwendigen Anlagen. |
| Übernommenes Abwasser | Art. 3 Wird Abwasser von ausserhalb des Gemeindegebietes übernommen, so werden die Konditionen durch Vertrag geregelt. |
| II. Öffentliche Abwasseranlagen | |
| Grundlage | Art. 4 Die Stadt baut und betreibt öffentliche Abwasseranlagen. Grundlage ist der generelle Entwässerungsplan. |
| Öffentliche Kanäle | Art. 5 Öffentliche Kanäle werden soweit möglich in den öffentlichen Verkehrsflächen erstellt. Der Anschluss der privaten Anschlusskanäle muss mit zumutbarem Aufwand möglich sein. In der Bauzone werden neue öffentliche Kanäle in der Regel so errichtet, dass nicht verschmutztes Abwasser, für das keine Versickerungsmöglichkeit besteht, von verschmutztem Abwasser getrennt abgeleitet wird (Trennsystem). Ausserhalb der Bauzone werden öffentliche Kanäle in der Regel nur für die Ableitung von verschmutztem Abwasser errichtet. |
| Rückstau | Art. 6 Rückstau führt nur dann zu einer Schadenersatzpflicht der Stadt, wenn er wegen Mängeln der öffentlichen Abwasseranlagen eintritt. Die Dimensionierung der Abwasseranlagen gemäss der vorgegebenen und fachmännisch vertretbaren Kapazität ist kein Mangel. |
| Einleitung | Art. 7 |
| sGS 752.2 | |

Die Einleitung privaten Abwassers in die öffentlichen Abwasseranlagen erfolgt durch private Anschlusskanäle. In begründeten Einzelfällen können Einleitungen in die öffentlichen Abwasseranlagen bewilligt werden, die nicht durch ordentliche private Abwasseranlagen erfolgen (z.B. direktes Ableeren von Abwasser in Schächte).

III. Private Abwasseranlagen

Anschlusskanäle

Art. 8

Die privaten Anschlusskanäle werden von der Grundeigentümerschaft entsprechend den geltenden Vorschriften und den anerkannten technischen Richtlinien gebaut, an einen öffentlichen Kanal angeschlossen und unterhalten.

Ausserhalb der Bauzone kann die Stadt mit Einverständnis der Grundeigentümerschaft gegen eine pauschale Gebühr die privaten Anschlusskanäle bis zur Hauskanalisation bauen.

Bei Änderungen oder Sanierungen der öffentlichen Kanäle passt die Stadt die Anschlusskanäle den neuen Verhältnissen an. Sie erhebt dafür eine Gebühr.

Behördliche Bewilligungen und Kontrollen entbinden die Grundeigentümerschaft nicht von der Haftung für Schäden, welche durch Anschlusskanäle verursacht werden.

Mehrere beteiligte
Grundstücke

Art. 9

Werden mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Abwasseranlage entwässert oder wird eine private Abwasseranlage durch fremden privaten Grund geführt, so haben die Beteiligten vor Baubeginn die gegenseitigen Rechte und Pflichten (Durchleitung, Erstellung, Unterhalt, finanzielle Leistungen usw.) zu regeln und durch Eintrag der notwendigen Dienstbarkeiten im Grundbuch zu sichern. Der zuständigen Dienststelle ist ein Auszug aus dem Grundbuch einzureichen.

Technische
Massnahmen

Art. 10

Die Grundeigentümerschaft kann zur Ergreifung von geeigneten technischen Massnahmen verpflichtet werden, welche die Reduktion des Spitzenabflusses bei Regenfällen, die dosierte Ableitung besonderen Abwassers, die Vorbehandlung stark verschmutzten Abwassers sowie die Vermeidung von Schaden an öffentlichen oder privaten Abwasseranlagen zum Ziel haben.

| | |
|---------------------------------|--|
| Instandstellung privater Kanäle | <p>Art. 11</p> <p>Bei Bauvorhaben an öffentlichen Verkehrsanlagen lässt die zuständige Dienststelle den Zustand der privaten Kanäle und Anschlusskanäle, welche sich darin befinden, überprüfen. Erfordert deren Zustand eine Instandstellung, so veranlasst sie diese und auferlegt der Grundeigentümerschaft eine Gebühr für die Prüfung und die Instandstellung. Ist keine Instandstellung erforderlich, so trägt die Stadt die Kosten der Prüfung. Die Grundeigentümerschaft wird vor der Veranlassung einer Instandstellung informiert.</p> |
| Übernahme durch die Stadt | <p>Art. 12</p> <p>Die Stadt kann funktionsfähige private Kanäle zu Eigentum übernehmen. Verlangt die private Eigentümerschaft die Übernahme, so wird keine Entschädigung geleistet, verlangt die Stadt die Übernahme, so wird der Marktwert entschädigt. Falls über die Bedingungen keine Einigung erzielt werden kann, wird das Enteignungsverfahren angewendet.</p> |
| Kanalisationsanschlusspflicht | <p>Art. 13</p> <p>Alle Liegenschaften, in welchen verschmutztes Abwasser anfällt, sind an die öffentlichen Abwasseranlagen anzuschliessen. Die zuständige Dienststelle kann hiervon auf begründetes Gesuch hin Ausnahmen bewilligen.</p> |
| IV. Finanzierung | |
| Spezialfinanzierung | <p>Art. 14</p> <p>Für die Abwasserbeseitigung wird eine Spezialfinanzierung geführt.</p> <p>Der Ausbau von offenen Gewässern sowie der Bau, die Ergänzung und der Ersatz von Bacheindolungen wird nur soweit der Spezialfinanzierung belastet, als die baulichen Massnahmen unmittelbar mit der Ableitung von Regenwasser oder Überlaufwasser aus öffentlichen Abwasseranlagen zusammenhängen.</p> |
| Anschlussgebühr a) Grundsatz | <p>Art. 15</p> <p>Wer im Zeitpunkt des Anschlusses eines Grundstücks oder eines Gebäudes an die öffentlichen Abwasseranlagen im Grundbuch als dessen Eigentümerschaft eingetragen ist, bezahlt eine einmalige Anschlussgebühr. Diese bemisst sich nach der erfassten Fläche des Grundstücks (Flächengebühr) und nach dem Neuwert der sich darauf befindenden Bauten und baulichen</p> |

| | |
|----------------------------|--|
| | <p>Anlagen, die an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen werden (Gebäudegebühr).</p> <p>Die Flächegebühr wird ausserhalb der Bauzone nur erhoben, wenn die öffentlichen Kanäle auch der Ableitung des Regenwassers dienen.</p> |
| b) veränderte Verhältnisse | <p>Art. 16</p> <p>Wird ein zusätzlicher Teil eines Grundstücks oder ein weiteres Gebäude an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen, so werden dafür die ordentlichen Anschlussgebühren erhoben.</p> <p>Im Brandfall oder bei Gebäudeabbruch wird eine bereits bezahlte Gebäudegebühr angerechnet, wenn innert fünf Jahren mit dem Neubau begonnen wird.</p> <p>Erfährt ein Gebäude, für das bereits eine Gebäudegebühr bezahlt wurde, eine wesentliche Wertvermehrung infolge einer baulichen Änderung, so wird eine zusätzliche Gebäudegebühr erhoben. Diese bemisst sich nach der Differenz des neuen zum vorherigen Wert des Gebäudes, abzüglich allfälliger Beiträge der Denkmalpflege.</p> |
| c) Handänderung | <p>Art. 17</p> <p>Bei einer Handänderung haftet die neue Eigentümerschaft solidarisch für noch nicht bezahlte Anschlussgebühren.</p> |
| Schmutzwassergeb. | Art. 18 |
| a) Allgemeines | <p>Wer Abwasser in die öffentlichen Abwasseranlagen einleitet, bezahlt eine wiederkehrende Schmutzwassergebühr, die sich nach der Menge des bezogenen Frischwassers bemisst. Die Gebühr ist auch geschuldet, wenn Wasser aus privaten Versorgungen bezogen wird.</p> <p>Bei Abwassereinleitungen, die nicht durch private Abwasseranlagen erfolgen, bemisst sich die Schmutzwassergebühr nach der abgeführten Abwassermenge.</p> <p>In den Fällen, in welchen sich die Gebühr nicht nach dem von den Stadtwerken bezogenen Wasser bemisst, wird der Verbrauch bzw. die abgeführte Menge auf Kosten der Gebührenpflichtigen gemessen oder von der zuständigen Dienststelle aufgrund von Vergleichs- und Erfahrungszahlen festgesetzt.</p> |
| b) Betriebe | Art. 19 |

| | |
|---------------------------|---|
| | <p>Bei Grosseinleitern sowie bei besonders stark verschmutztem Abwasser bemisst sich die Schmutzwassergebühr nach der frachtmässigen Belastung und der abgeführten Abwassermenge.</p> <p>Die Betriebe können verpflichtet werden, die Einrichtungen zur Bestimmung der frachtmässigen Belastung auf eigene Kosten zu erstellen und zu betreiben.</p> |
| c) Herabsetzung | <p>Art. 20</p> <p>Die nach der Menge des bezogenen Frischwassers bemessene Schmutzwassergebühr wird auf begründetes Gesuch hin entsprechend herabgesetzt, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) erhebliche Mengen von Frischwasser werden nach Gebrauch einem Meteorwasserkanal zugeführt oder nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet, b) das in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitete Schmutzwasser ist nicht stärker verschmutzt als häusliches Abwasser. <p>Sind Messungen erforderlich, so tragen die Gebührenpflichtigen die Kosten dafür.</p> |
| Entwässerungs- gebühr | <p>Art. 21</p> <p>Wer zu Beginn eines Kalenderjahres im Grundbuch als Eigentümerschaft eines Grundstücks eingetragen ist, von dem nicht verschmutztes Abwasser in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet wird, bezahlt eine wiederkehrende Entwässerungsgebühr, die sich nach dem zonenspezifischen Anteil der versiegelten Fläche an der Gesamtfläche des Grundstücks (zonenspezifischer Gewichtungsfaktor) bemisst.</p> <p>Ausserhalb der Bauzone wird die Gebühr nur erhoben, wenn die öffentliche Kanalisation auch der Ableitung des nicht verschmutzten Abwassers dient.</p> <p>Wird ein erheblicher Teil des nicht verschmutzten Abwassers nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet oder wird der Spitzenabfluss durch Retentionsmassnahmen wesentlich reduziert, so wird die Entwässerungsgebühr auf begründetes Gesuch hin entsprechend herabgesetzt.</p> |
| Bemessungs- grundsätze | <p>Art. 22</p> <p>Die städtischen Aufwendungen für die Abwasserbeseitigung sollen mittelfristig wie folgt finanziert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Erschliessungsinvestitionen: durch die ordentliche Anschlussgebühr, |

| | |
|--|---|
| | <ul style="list-style-type: none"> b) die Hälfte der Aufwendungen für die öffentliche Kanalisation (einschliesslich Bauwerke und Verwaltungskosten): durch die Entwässerungsgebühr, c) die andere Hälfte der Aufwendungen für die öffentliche Kanalisation sowie die Aufwendungen für die Abwasserreinigungsanlagen: durch die Schmutzwassergebühr und die bei Wertvermehrung zu leistende Gebäudegebühr, d) die Aufwendungen für die Abwasserbeseitigung ausserhalb der Bauzone: durch die zurechenbaren Anschlussgebühren, die Gebühren für den Bau privater Anschlusskanäle sowie den allgemeinen Haushalt. |
|--|---|

| | |
|---------|---|
| Säumnis | <p>Art. 23</p> <p>Werden Forderungen der Stadt, die sich auf dieses Reglement stützen, bis zum Ablauf der Zahlungspflicht nicht bezahlt, so können Verzugszinsen und Mahngebühren erhoben werden.</p> |
|---------|---|

| | |
|----------------------------|---|
| Ausschluss der Verrechnung | <p>Art. 24</p> <p>Forderungen gegen die Stadt können nicht mit Forderungen, die sich auf dieses Reglement stützen, verrechnet werden.</p> |
|----------------------------|---|

| | |
|------------|---|
| Verjährung | <p>Art. 25</p> <p>Für die Verjährung der in diesem Reglement vorgesehenen Gebühren gelten sinngemäss die Bestimmungen und Verjährungsfristen des kantonalen Steuerrechts.</p> |
|------------|---|

V. Verschiedene Bestimmungen

| | |
|---------------------|--|
| Bewilligungspflicht | <p>Art. 26</p> <p>Arbeiten an privaten Sanitär- und Abwasseranlagen sowie Anschlüsse von privaten an öffentliche Abwasseranlagen dürfen nur von Unternehmen ausgeführt werden, die über eine Bewilligung der Stadt verfügen.</p> |
|---------------------|--|

| | |
|------------|---|
| Härtefälle | <p>Art. 27</p> <p>In Härtefällen kann der Stadtrat auf begründetes Gesuch hin Ausnahmegewilligungen erteilen, sofern der Schutz der Gewässer und die Funktionstüchtigkeit der öffentlichen Abwasseranlagen nicht beeinträchtigt oder gefährdet werden. Ferner kann er Gebühren stunden oder sie ganz oder teilweise erlassen.</p> |
|------------|---|

| | |
|-----------------|----------------|
| Strafbestimmung | <p>Art. 28</p> |
|-----------------|----------------|

Wer Vorschriften dieses Reglements oder der darauf gestützten Vollzugsbestimmungen vorsätzlich oder fahrlässig missachtet, wird mit Busse bestraft.

VI. Schlussbestimmungen

Vollzugs-
bestimmungen

Art. 29

Der Stadtrat erlässt einen Gebührentarif sowie Ausführungsbestimmungen. Er kann die zuständige Dienststelle zum Erlass von technischen Richtlinien über Bau, Betrieb, Unterhalt und Anschluss privater Abwasseranlagen ermächtigen.

Aufhebung bis-
herigen Rechts

Art. 30

Das Reglement über die Abwasserbeseitigung und deren Finanzierung (Gewässerschutzreglement) vom 28. Oktober 1986 wird aufgehoben.

Übergangs-
bestimmung

Art. 31

Anstelle der Anschlussgebühr werden die durch das Reglement über die Abwasserbeseitigung und deren Finanzierung (Gewässerschutzreglement) vom 28. Oktober 1986 vorgesehenen Gebäude- und Flächenbeiträge erhoben, wenn die Zahlungspflicht bereits vor Inkrafttreten dieses Reglements eingetreten ist.

Bei veränderten Verhältnissen gemäss Art. 16 dieses Reglements werden bereits bezahlte Gebäude- und Flächenbeiträge auf die gleiche Weise angerechnet, wie bereits bezahlte Anschlussgebühren.

Referendum und
Genehmigung

Art. 32

Dieses Reglement untersteht dem fakultativen Referendum. Es bedarf der Genehmigung des zuständigen kantonalen Departements.

Inkrafttreten

Art. 33

Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten.

St.Gallen, den

Im Namen des Grossen Gemeinderats
Die Präsidentin:
Angela Tsering-Bruderer

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

